

Antrag

**der Abgeordneten Dora Heyenn, Christiane Schneider, Norbert Hackbusch,
Kersten Artus, Elisabeth Baum, Dr. Joachim Bischoff, Wolfgang Joithe-von
Krosigk, Mehmet Yildiz (Fraktion DIE LINKE)**

**Haushaltsplan-Entwurf 2009/2010
Einzelplan 6**

Kapitel 6300

Titel 682.12 (741)

**Betr.: Verbesserungen der Leistungsangebote im ÖPNV – Wiedereinführung
von Schülerkarten**

Hamburg ist eine sozial gespaltene Stadt. Die Finanzkrise wird auch in Hamburg die finanziellen Folgen für die Bevölkerung spürbar werden lassen und die Schere weiter öffnen. Umso mehr ist die Stadt gefragt, ihrer Verpflichtung zur Sicherung der öffentlichen Daseinsversorgung nachzukommen. So gehört zu diesen Verpflichtungen die Ermöglichung der Zugänglichkeit von öffentlichen Verkehrsmitteln für die Bevölkerung. Für viele Bevölkerungsgruppen, insbesondere Familien, Jugendliche und Kinder, Ältere, Kranke und Einkommensschwache sind die Tarife eine finanzielle Belastung, die oftmals nur schwer zu tragen ist.

So sind beispielsweise die Schülertarife in Hamburg um rund ein Drittel teurer als vergleichsweise in Berlin. Zahlt in Berlin ein Schüler monatlich für den Großbereich 26 Euro und das Geschwisterkind 16 Euro monatlich, so sind es in Hamburg 33,60 Euro für das erste Kind und 26,30 Euro für das Geschwisterkind. Für eine Familie mit einem Durchschnittseinkommen ist dies ein erheblicher Posten im Monatsbudget.

Kinder sind heutzutage eines der größten Armutrisiken. Umso weiter die Geburtenzahlen zurückgehen, desto mehr wird es zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, für gerechte Entwicklungsmöglichkeiten in dieser Gesellschaft zu sorgen.

Die nicht ermöglichte oder nur eingeschränkt mögliche Teilnahme am öffentlichen Nahverkehr fördert und verstärkt den sozialen, kulturellen und gesellschaftlichen Ausschluss und die Isolation von Menschen, die sich oftmals von ihren Wohn- und Lebensumständen her schon in belasteten Lagen befinden. Eine Senkung der Tarife des öffentlichen Nahverkehrs würde die Mobilität verschiedenster Bevölkerungsgruppen ermöglichen und zur Sicherung des sozialen Friedens beitragen. Gerade ein so kleiner Flächenstaat wie Hamburg muss der Isolation ganzer Bevölkerungsgruppen entgegenwirken.

Zudem hätte eine Absenkung der HVV-Tarife zur Folge, dass die Bereitschaft weiterer Bevölkerungsteile, das Auto stehen zu lassen und die öffentlichen Verkehrsmittel zu nutzen, steigen würde. Hier wäre ein erheblicher ökologischer und damit schadstoff- und lärmemissionsverringender und verkehrsmindernder Effekt zu erzielen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

umgehend eine Summe von 15 Millionen Euro für den Haushaltstitel 682.12 (741) „Tarifauffüllender Zuschuss an die HVV GmbH für die Abgabe vergünstigter Zeitkarten“ bereitzustellen.

Die Deckung erfolgt durch die Maßnahmen zur Sanierung der öffentlichen Finanzen im „Strukturprogramm für Hamburg“, vorgelegt von der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft.